

Eingänge und Mitteilungen für die Sitzung des Integrationsrates am 12.01.2011

1. Informationen aus der Koordinierungsstelle:

- **Anregung des Integrationsrates an den Rat Nr. AIR/0004/2010: Beschäftigung von Menschen mit Migrationsvorgeschichte bei der Stadt Münster**

Der vorstehende Antrag wurde in der Ratssitzung am 08.12.2010 an den Hauptausschuss verwiesen.

- **Anregung des Integrationsrates an den Rat Nr. AIR/0005/2010: Unterstützung der Aktion 302**

Der Antrag wurde in der Ratssitzung am 08.12.2010 an den Hauptausschuss verwiesen.

- Verfügbare Mittel des Integrationsrates im Haushaltsjahr 2011: **39.400 €**

2. Allgemeine Informationen:

Informationen des Deutschen Städtetages

- **Anstieg der Asylbewerberzahlen aus Serbien, Mazedonien und Montenegro nach Aufhebung der Visumpflicht**

Das Bundesministerium des Innern hat den Deutschen Städtetag mit Schreiben vom 16.12.2010 darüber informiert, dass die Bundesregierung diese Entwicklung aufmerksam verfolge. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge behandle die Asylanträge der betroffenen Staatsangehörigen prioritär, um hier Abhilfe zu schaffen.

Informationen des Landesintegrationsrates

- „Vielfalt -Das Bildungsmagazin“

Diese neue Publikation wird in Zukunft vierteljährlich über aktuelle Bildungsthemen und Debatten in NRW berichten, immer auch unter dem Aspekt der Teilhabe von MigrantInnen und ihren Nachkommen.

Es erwarten Sie:

- aktuelle und regionale Meldungen
- Berichte über Bildungsstudien
- Reportagen über inklusive Projekte
- Tipps zu Medien und Projekten
- Dossiers interkultureller und inklusiver Praxis

Vielfalt – Das Bildungsmagazin ist eine Veröffentlichung aus dem Hause der Integrationsagentur der Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband Mittelrhein e.V. Sensibilisierung und Information zu den Themen Antidiskriminierung.

- Fortbildungen

Auf der Internetseite des Landesintegrationsrates werden in regelmäßigen Abständen Fortbildungsveranstaltungen angeboten.

Nähere Informationen erhalten Sie diesbezüglich unter: www.laga-nrw.de

3. Pressemitteilung:

Pressemitteilung des Ministeriums für Arbeit, Integration und Soziales des Landes NRW

Integrationsminister Guntram Schneider: „Nordrhein-Westfalen macht Ernst: Pilotphase 'Anonymisierte Bewerbung' für den Landesdienst beginnt im Januar 2011“

Start einer Initiative zur interkulturellen Öffnung der Landesverwaltung

Düsseldorf, 21.12.2010

Das Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen teilt mit:

Nordrhein-Westfalen startet eine Initiative zur Interkulturellen Öffnung der Landesverwaltung. Das beschloss die Landesregierung auf ihrer heutigen Kabinettssitzung (21. Dezember 2010). "Wir brauchen mehr Menschen mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst. Möglichen Diskriminierungen bei der Besetzung ausgeschriebener Stellen wirken wir entgegen", erklärte Nordrhein-Westfalens Integrationsminister Guntram Schneider.

Kernstück der Initiative ist bei Einstellungsverfahren das Instrument der „Anonymisierten Bewerbung“. „Das ist ein großer Schritt für mehr Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt. Wir wollen damit vermeiden, dass Bewerberinnen und Bewerber von vornherein aufgrund ihres Namens oder ihrer Herkunft diskriminiert werden. Allein die Qualifikation soll entscheiden“, betonte Schneider. Bereits im Januar 2011 beginnt die Pilotphase "Anonymisierte Bewerbung". Ende 2011 soll es einen ersten Erfahrungsbericht geben.

Die Ziele einer interkulturellen Öffnung der Landesverwaltung sollen durch weitere aufeinander abgestimmte Instrumente und Maßnahmen erreicht werden.

"Wir werden bis zum Frühjahr 2011 mit allen Ressorts ein Gesamtkonzept der Interkulturellen Öffnung mit konkreten Maßnahmen erarbeiten und im Kabinett beraten. Im Vordergrund stehen hier verschiedene Ansätze nicht nur bei Einstellungsverfahren, sondern auch im Dienstrecht und bei der Aus- und Fortbildung der Landesbediensteten" so Minister Schneider. Zudem werden die Erfahrungen ausgewertet, die mit der direkten Werbung von Menschen mit Migrationshintergrund gemacht worden sind, wie zum Beispiel bei der Polizei.

"Nordrhein-Westfalen ist ein Einwanderungsland. Das muss sich auch in der personellen Zusammensetzung unserer Verwaltungen widerspiegeln. Hier besteht erheblicher Nachholbedarf. Wir werden verschiedene Instrumente und Maßnahmen testen und die weiterentwickeln, die am besten geeignet sind, vorbildliche Integrationspolitik zu praktizieren. Nach und nach sollen weitere Partner für die Initiative gewonnen werden. Deshalb werden wir mit Kommunen und auch einzelnen Unternehmen sprechen," betonte Minister Schneider.

Rund ein Viertel der Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen hat eine Zuwanderungsgeschichte. Der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund im Landesdienst beträgt derzeit schätzungsweise nur zwei bis drei Prozent.